

TIMO DORSCH

POLITISCHE UND NATÜRLICHE KATASTROPHEN

MEXIKO NACH DEN ERDBEBEN UND VOR DEN WAHLEN

Mexiko ist ein katastrophengeschütteltes Land, das tief in unterschiedlichen Dauerkrisen steckt. Am 1. Juli dieses Jahres finden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Wahlprognosen sehen derzeit die sich links gebende Partei MORENA – ein Akronym, das für die Bewegung der Nationalen Erneuerung (Movimiento Regeneración Nacional) steht – vorn. Jüngste parteiinterne Entwicklungen und die Verfasstheit des politischen Systems könnten jedoch eine MORENA-Regierung lähmen. Der Umgang mit den schweren Erdbeben vom September 2017 machten Zustände sichtbar, die paralisierend auf das Land wirken: Korruption und Gewalt prägen die mexikanische Gegenwart.

Zwei überdurchschnittlich starke Erdbeben erschütterten im September 2017 den Süden und das Zentrum von Mexiko und verursachten schweres menschliches Leid und hohe soziale Kosten. In der Nacht vom 7. auf den 8. September, wenige Minuten vor Mitternacht, ereignete sich das in der Region heftigste je gemessene Beben, mit einer Stärke von 8,2 auf der Richterskala und mit dem Epizentrum im Pazifischen Ozean. Es richtete schwere Verwüstungen in ländlichen und urbanen Gegenden an. Selbst in Mexiko-Stadt, über 700 Kilometer nördlich des Epizentrums gelegen, war es deutlich zu spüren.

Als nur wenige Tage danach an einem Dienstagvormittag der Erdbebenalarm wieder durch die Straßen von Mexiko-Stadt tönte, reagierten die Bewohner*innen unaufgeregt. Sie traten vor ihre Wohnungen, Häuser und Büros, rauchten, redeten und erinnerten sich. Es war ein Probealarm, wie am 19. September eines jeden Jahres um elf Uhr. Er erinnert an das Erdbeben, das am gleichen Tag im Jahr 1985 das Zentrum des Landes erschütterte. Tausende Gebäude stürzten in Sekundenschnelle zusammen. Eine unbekannte Anzahl an Menschen fiel der Naturkatastrophe zum Opfer. Es mögen 10.000, 20.000 oder gar mehr gewesen sein. Die Stärke des damaligen Bebens betrug 8,1 auf der Richterskala und das Epizentrum lag 400 Kilometer westlich der Hauptstadt. Die Erinnerung an dieses verheerende Beben kehrte zurück, als am 19. September 2017 kurze Zeit später erneut Alarm zu hören war. Diesmal war es kein Probealarm. Die Sirene ertönte erst, als das Beben bereits in vollem Gange war. Wegen seiner unmittelbaren Nähe zur Hauptstadt hatten sich die seismologischen Wellen rascher ausgebreitet, als die Senso-

ren die Bewegungen registrieren und melden konnten. Am Ende waren mindestens 330 Tote zu beklagen.

I DAS GESCHÄFT MIT DER KATASTROPHE

Der Untergrund von Mexiko-Stadt – einst eine Ansammlung mehrerer Seen, die fast zur Gänze trockengelegt worden sind – ist vielerorts sehr weich. Dadurch können sich Erdbebenwellen schneller ausbreiten. Deswegen wurden nach 1985 die Bauvorschriften angepasst und sehen jetzt zum Beispiel vor, dass bei weichem Untergrund, wie im Reichenviertel Condesa, Neubauten maximal sechs Stockwerke haben dürfen. Ältere Bauwerke müssen in ihrer Struktur aber nicht verstärkt werden. Dies hatte zur Folge, dass beim Beben vom 19. September manche dieser älteren Gebäude einstürzten. Dass ebenso neue Bauten zusammenbrachen, ist weniger auf unzureichende Baunormen zurückzuführen als vielmehr auf deren Nichteinhaltung.¹ So stürzte zum Beispiel in Condesa ein Wohnhaus zusammen, das statt den erlaubten sechs Stockwerken und maximal 15 Wohneinheiten neun Stockwerke mit 21 Wohneinheiten aufwies.

Die nachfolgenden Wochen und Monate zeigten an unterschiedlichsten Punkten, in welchen gravierenden gesellschaftlichen Schwierigkeiten das Land steckt. Sachspenden für Erdbebenopfer landeten zum Teil zum Verkauf auf lokalen Straßenmärkten.² Im Bundesstaat Oaxaca forderten vom Erdbeben Betroffene Unterstützung von ihrer Landesregierung. Im Gegenzug erhielten sie Morddrohungen.³ Ein Hilfskonvoi katholischer Freiwilliger wurde überfallen und eine der Frauen vergewaltigt.⁴ Auch auf höherer Ebene profitierte man politisch und ökonomisch vom Unglück anderer. Sehr

dreist ging die von der Bundesregierung beauftragte Bank Bansefi vor, die Spendengelder mittels Geldkarten an 1.495 Erdbebenopfer zustellen sollte. Das Geldinstitut vervielfältigte einfach die personalisierten Karten – bis zu 34 Mal – und steckte sich dadurch wohl mehrere Millionen Euro in die eigenen Taschen.⁵ Der Verbleib von weiteren 160 Millionen Euro, die die Bundesregierung an nationalen und internationalen Spenden erhielt, ist ungeklärt. Der Staat schafft keine Transparenz. Eine zentrale Stelle, die Auskunft darüber gibt, wohin welche Gelder geflossen sind, gibt es nicht.⁶

Kritisiert wird ebenfalls, dass die von den Regierungen verteilten Hilfsgüter oftmals an die eigenen Parteimitglieder gingen oder die ausgegebenen Geldkarten nur bei bestimmten Baumärkten zu überbelegten Preisen eingelöst werden können.⁷ Dass auch Politiker*innen von MORENA – für viele Menschen die derzeitige Hoffnungspartei – in vereinzelt Fällen daran beteiligt waren, kommentiert Gonzalo Ballesteros von MORENA selbstkritisch mit den Worten: «Das bezweifle ich nicht. Die Partei ist schlagartig angewachsen, und Personen sind eingetreten, die nicht die Parteistatuten erfüllen.»⁸ Ballesteros ist aktives Parteimitglied und Mitarbeiter des designierten Außenministers Héctor Vasconcelos im Schattenkabinett von Andrés Manuel López Obrador, der für MORENA als Präsidentschaftskandidat antritt.

II SELBSTORGANISIERUNG UND IHRE REAKTIONÄRE VERHINDERUNG

Das Erdbeben hatte den Kollaps der Kommunikations- und Verkehrsstrukturen zur unmittelbaren Folge. In den betroffenen Vierteln von Mexiko-Stadt und in den Bundesstaaten prägte kurzzeitig die spontane kollektive Selbstorganisation der Menschen die Szenerie. Eine unglaubliche Vielzahl solidarischer Aktionen war zu beobachten, was einmal mehr verdeutlichte, dass sich Menschen in Krisensituationen massenhaft solidarisch verhalten. Ihr Handeln war zumindest in der Hauptstadt effektiver als das der bekannten gesellschaftlichen und politischen Strukturen, was organisierte Aktivist*innen mit den Worten kommentierten: «Wir wurden von der Zivilgesellschaft überholt.»

Die Selbstorganisation beschränkte sich nicht nur auf unmittelbare Hilfsaktionen, auch strukturschaffende Aufgaben wurden übernommen. Angesichts der katastrophalen Unfähigkeit oder des Unwillens der Regierung, eine öffentlich zugängliche Übersicht über die eingestürzten und einsturzgefährdeten Gebäude, die angeforderten Erste-Hilfe- und Arbeitsmaterialien und Ähnliches zu erstellen, taten sich knapp 100 Mathematiker*innen, Psycholog*innen, Informatiker*innen und Designer*innen zusammen. Damit brachten sie für Mexiko-Stadt etwas Ordnung in das chaotische Krisenmanagement. Am Ende erhielten sie nicht nur technische Unterstützung von Google, sondern die mexikanische Regierung griff sogar auf deren Datenbank über zerstörte und beschädigte Gebäude zurück. Verbreitet wurde die Initiative unter dem Twitter-Hashtag #Verificado19S.⁹

Während es in Mexiko-Stadt vielerorts die lokale Bevölkerung war, die die ersten Rettungsarbeiten erledigte, zeichnete sich die staatliche Katastrophenhilfe durch Langsamkeit und Ineffizienz aus. Das staatliche Handeln erschöpfte sich hauptsächlich darin, den vom Erdbeben beschädigten Status quo wiederherzustellen, indem der Staat das Militär einsetzte, um der Lage Herr zu werden. Doch dies führte nicht automatisch zu einer Verbesserung der Rettungsarbeiten, sondern diente vielmehr der reaktionären Verhinderung der

zivilgesellschaftlichen Hilfe, die bereits im Gange war. Dass Soldat*innen meist mit Schusswaffen statt mit Schaufel und Spitzhacke ausgerüstet waren, versinnbildlicht den vornehmlich repressiven Charakter der staatlichen Handlungen nach dem Beben.

Aus der Erdbebenkatastrophe vor mehr als 30 Jahren wurden Erfahrungen gesammelt, die denen vom vergangenen September zwar ähneln, in ihrer Konsequenz und ihren Effekten jedoch weit auseinander liegen. Beim Erdbeben 1985 war es die Zivilgesellschaft von Mexiko-Stadt gewesen, die angesichts einer lang anhaltenden Passivität der Regierung alle erforderlichen Aufgaben der Hilfe übernommen hatte. Die später gegründete Partei der Demokratischen Revolution (PRD) erlebte einen Aufschwung und hat die politische Szenerie im Lande nachhaltig transformiert. In der Folge gelang es der PRD 1997, die Regierung der Hauptstadt zu übernehmen. Schließlich fand auf Bundesebene die über sieben Jahrzehnte aufrechterhaltene Herrschaft der Partei der Institutionellen Revolution (PRI) zur Jahrtausendwende ihr Ende. Selbstverständlich trugen viele Faktoren zum Regierungswechsel bei. Das Erdbeben mit seinen Konsequenzen war einer davon. Damals gründeten sich auf Stadtebene unterschiedlichste kleinere «Recht auf Stadt»-Gruppen, schlossen sich zu einer Dachorganisation zusammen und nannten sie Asamblea de Barrios (Versammlung der Stadtviertel). Einen politischen Coup landete diese nicht nur, indem sie massenweise leere Bauflächen besetzte, sondern auch, indem sie einen eigenen Superhelden erschuf: den *Superbarrio*. Mit Umhang, Maske und hautengem rotgelben Ganzkörperanzug war *Superbarrio* die Identifikationsfigur für urbane Ausgeschlossene und der Verfechter ihrer Rechte. Heute gibt es ihn nicht mehr. Zuletzt mimte der langjährige politische Aktivist Raúl Bautista diese Rolle. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen 1985 und 2017 konstatierte er: «Das neoliberale Regime hat aus dem Beben von 1985 gelernt, und im Namen des ‹Zivilschutzes› militarisiert es die Zonen des Unglücks. Jegliche Rettungsaktion, solidarische Hilfe in den Camps, Essen, medizinische Betreuung etc. passiert die militärische Kontrolle. Ziel ist, die Organisation der Geschädigten zu unterbinden.»¹⁰

III EINE NACH ALLEN SEITEN HIN OFFENE PARTEI

Am 1. Juli 2018 finden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Die PRI stellt seit Dezember 2012 zwar wieder das Staatsoberhaupt, doch erfährt Präsident Enrique Peña Nieto derart wenig Zustimmung aus der Bevölkerung, dass seine Partei die kommenden Wahlen verlieren könnte. Zumindest der *Superbarrio* vermutet, dass es in den südlichen und zentralen Regionen des Landes eine «Protestwahl» geben könnte: «Aber nicht nur wegen der Auswirkungen des Erdbebens, sondern wegen der schwierigen Situation, in der sich das Land befindet: Unsicherheit, Anstieg von Armut und Korruption sowie Straffreiheit.» Für den Journalisten und politischen Analytiker Jenaro Villamil, der für das renommierte Recherchemagazin *Proceso* arbeitet, hat das Beben politisch «unmittelbare Folge für Mexiko-Stadt. So unmittelbar, dass Miguel Ángel de Mancera [derzeitiger Regierungschef von Mexiko-Stadt] nicht der Präsidentschaftskandidat sein wird. Die Erdbeben haben seine Chancen zunichtegemacht.»¹¹ Genauer: nicht die Erdbeben, sondern seine schlechte Krisenpolitik. Gut möglich also, dass MORENA am 1. Juli die Stadt- wahlen für sich entscheiden und die seit zwei Jahrzehnten dort ununterbrochen regierende PRD ablösen kann.

Die mexikanische Parteienlandschaft ist von großer politischer Flexibilität geprägt. Zwar grenzen sich die großen Parteien offiziell mal mehr, mal weniger ideologisch voneinander ab, doch führende Mitglieder wechseln immer wieder die Parteien, gründen neue oder schließen Bündnisse mit ehemaligen Erzfeinden.

Das zeigt sich auch an den im vergangenen Dezember bekannt gegebenen Wahlallianzen. Gesellt sich die PRI wie gewohnt zur Nueva Alianza und Grünen Partei und stellt mit José Antonio Meade Kuribreña einen parteilosen Kandidaten auf, überrascht die PRD mit einem Bündnis mit der PAN. Die PAN, die Partei der Nationalen Aktion, unter deren Regierungszeit Ende 2006 der sogenannte Krieg gegen die Kartelle ausgerufen wurde, war im Wahlkampf von 2006 der erbitterteste Feind der damaligen Parteilinken bzw. ihres Kandidaten Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO. Dieser trat damals noch für die PRD an. Die PAN gewann die Wahlen mit einem halben Prozentpunkt Vorsprung. Nicht wenige sprechen von Betrug.¹² Jetzt kandidiert AMLO zum dritten Mal für das höchste Staatsamt. Dieses Mal für MORENA. Die PRD hatte er nach der letzten Wahlniederlage und der Übernahme der Partei durch den neoliberalen Flügel verlassen. Aus dem Umfeld von MORENA und seitens langjähriger Weggefährt*innen von AMLO ist in Gesprächen zu hören, dass dieser trotz seiner Rolle als gesellschaftlicher Hoffnungsträger keineswegs zu einer demokratischen Kultur innerhalb der Partei beitrage. Er verkörpere einen autoritären Führungsstil und Entscheidungen würden klassisch top-down durchgesetzt.

AMLO hat auch für die bis dato größte Überraschung gesorgt. Neben der Partei der Arbeit (PT) paktiert seine Partei fortan mit der Partei der Sozialen Begegnung (PES). Verwunderlich ist dies nicht nur, weil die PES bei den Wahlen im Bundesstaat México im Jahr 2017 zusammen mit der PRI antrat – und damit gegen MORENA als stärkste Oppositionspartei –, sondern im turbulenten Wahljahr 2006 ebenso Gefährtin der PAN war. Hinzu kommt die grundsätzliche evangelikale Ausrichtung der PES, in der sich Abtreibungsgegner*innen und Homophobe sammeln. Außerdem gibt es einen Schulterchluss mit den Mördern von Acteal, wo am 21. Dezember 1997 Paramilitärs 45 wehrlose Menschen im Hochland von Chiapas ermordeten. Die PES stellte sich hinter die Täter.¹³ Als seine ehemaligen Parteifreund*innen der PRD ihre Wahlallianz mit der PAN verkündeten, bezeichnete AMLO dies noch als «vulgären Pragmatismus».¹⁴ Heute nimmt der sich links gebende 64-Jährige immer mehr prominente Politiker*innen aus anderen Parteien auf – nicht wenige von ihnen mit zweifelhaftem Ruf.

Verwunderung und zum Teil harsche Kritik rief auch die Personalentscheidung von AMLO für sein Schattenkabinett hervor. So soll Alfonso Romo, ein milliardenschwerer Unternehmer, Pionier in der ökonomischen Vermarktung und Privatisierung der mexikanischen Biodiversität und ehemaliger Befürworter von Augusto Pinochet, Kabinettschef einer zukünftigen Regierung unter AMLO werden. Als zukünftiger Agrarminister ist Víctor Villalobos vorgesehen, ein Verfechter des Anbaus genetisch modifizierter Pflanzen und ehemaliger Berater von Monsanto. Für Kritik bei MORENA-Parteimitgliedern und politischen Kontrahent*innen sorgt ebenso die Benennung von Esteban Moctezuma für den Posten des Bildungsministers. Dieser war Anfang 1995 mitverantwortlich für die Vorbereitung eines militärischen Hinterhaltes gegen die Führungsriege der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), während gleichzeitig Friedensverhandlungen

stattfanden. Scurril sind diese Berufungen im Schattenkabinett auch, weil AMLO in den letzten Jahren nicht müde geworden war zu betonen, dass eine sogenannte Mafia der Macht für das Übel des Landes verantwortlich sei. Dazu zählt er all jene, die zur herrschenden politischen Klasse gehören – bis sie die Seiten wechseln und Teil der Gruppe um Obrador werden.

IV ENDEMISCHE GEWALT UND DIE MACHT DES MILITÄRS

Am 10. Januar 2018 gab die US-Regierung eine Reisewarnung für Mexiko an ihre Bürger*innen heraus. Die Bundesstaaten Colima, Guerrero, Michoacán, Sinaloa und Tamaulipas wurden in die höchste Warnkategorie – *do not travel* – eingestuft und stehen somit auf der gleichen Stufe wie Syrien, Afghanistan oder der Irak.¹⁵ Aus nachvollziehbaren Gründen. Das vergangene Jahr war das Jahr mit den meisten Morden in Mexiko seit 1997. Über 25.000 Menschen wurden 2017 ermordet. Seit Beginn des «Kriegs gegen die Drogenkartelle» Ende 2006 verloren mehr als 240.000 Mexikaner*innen gewaltsam ihr Leben – ohne die 32.000 offiziell vermisst Gemeldeten hinzuzuzählen oder die jährlich Tausenden entführten und verschwundenen Transitmigrant*innen. Mexiko ist darüber hinaus nicht nur das Land mit den meisten Feminiziden in Lateinamerika, sondern weltweit mit Syrien das gefährlichste Land für Journalist*innen. Vor diesem Hintergrund der Gewalt hat die regierende PRI Ende 2017 ein neues Gesetz zur inneren Sicherheit im Senat und in der Abgeordnetenversammlung verabschiedet.

Brisanter hätte das Gesetz kaum ausfallen können: Das Militär genießt fortan mehr Autonomie gegenüber staatlichen zivilen Kontrollinstanzen. Und das, obwohl es seit Ende 2006 verantwortlich für Massaker, Morde, Verschwindenlassen, Drogenhandel, Waffenhandel, Erpressung und Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen ist. Es ist offensichtlich, dass eine militärische Strategie keineswegs zu einer Lösung der Probleme in Mexiko beiträgt. Vor allem dann nicht, wenn das Militär und kriminelle Gruppen, Staat und organisiertes Verbrechen, an vielen Orten miteinander verschmelzen.

Das Gesetz ermöglicht, rechtsstaatliche Funktionen auszusetzen. Ganze Bevölkerungen könnten als Bedrohung oder Risiko für die innere Sicherheit angesehen und ihrer bürgerlichen Rechte und ihrer Menschenrechte beraubt werden. Und wer über keine Rechte verfügt, dessen Rechte können auch nicht verletzt werden. Dann ist es möglich zu töten, ohne zu morden – ein Paradox. Rechte und Gesetze werden per Gesetz außer Kraft gesetzt, weswegen die Aufhebung von Rechten rechtens ist. «Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet», schrieb einst Carl Schmitt. Der Name Sicherheitsgesetz ist deswegen ein Euphemismus. Die Bezeichnung Notstandsgesetz ist weitaus zutreffender.

V DER GEFÄHRLICHE SOG DES SYSTEMS

Der wortgewandte ehemalige EZLN-Sprecher Subcomandante Marcos kritisierte das Parteiensystem Mexikos bereits 2005: «Man vermutet, dass es dort oben zum Beispiel die Mitte, die Linke und die Rechte gebe. Aber zu Wahlzeiten tummeln sie sich alle in der Mitte.»¹⁶ Dessen demaskierende Kritik gegenüber AMLO brachte den Zapatistas nicht wenige Feinde in der Parteilinken ein – wengleich sich AMLO damals selbst als der politischen Mitte zugehörig positionier-

te.¹⁷ Dass dieser heute offen mit der Rechten paktiert, um bei seinem dritten Anlauf erfolgreich zu sein, hätte sich wohl auch Marcos nicht vorstellen wollen.

Der strategisch geschulte Gonzalo Ballesteros sieht es pragmatisch: «Es dreht sich nicht darum, den zu überzeugen, der bereits überzeugt ist. Sondern den, der noch nicht überzeugt ist.» Würde die Partei solche wahltaktischen Schritte ablehnen, so Ballesteros weiter, «würden wir die Tür zur Präsidentschaft zuwerfen».

Die Umfragen bestätigen, dass MORENA tatsächlich Chancen auf einen Wahlsieg hat. AMLO genießt einen entscheidenden Vorteil gegenüber seinen Kontrahent*innen. Seine Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und materielle Bescheidenheit haben ihn zu einem Unikat in der mexikanischen Politik gemacht. Fast alle anderen bekannten Politiker*innen waren oder sind in Korruptionsskandalen verwickelt. Korruption, ausufernde Gewalt und organische Verstrickung mit dem organisierten Verbrechen sind seit der Herausbildung der staatlichen Strukturen systematischer Bestandteil derselben.¹⁸ Es ist zu befürchten, dass auch MORENA im Fall eines Wahlsieges diesem strukturellen Sog unterliegen wird.

Das wirft sofort die Frage auf: Was tun, wenn Gewalt und Korruption herrschen und institutionelle Handlungswege derart limitiert sind? Die EZLN versucht seit 1994 diese Frage durch einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden zu beantworten. Im Wahlkampf hat sie sich an die Seite des Indigenen Regierungsrates (CIG) gestellt, der mit ihrer Sprecherin und unabhängigen Kandidatin María de Jesús Patricio versuchte, an den Wahlen teilzunehmen. Dabei werden Widersprüche offen benannt: Die Wahlen werden lediglich als Plattform verstanden, um die Problematik der kapitalistischen Ausbeutung, des tödlichen Sexismus und des gravierenden Rassismus auf die Tagesordnung zu setzen.¹⁹ Die erforderlichen 866.000 Unterschriften, die jede/r unabhängige/r Kandidat*in bis zum 19. Februar sammeln musste, um überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden, kamen jedoch nicht zusammen. Lediglich etwas mehr als 266.000 konnten gesammelt werden. Eine gründliche Analyse des Scheiterns muss an anderer Stelle erfolgen.

Welche Folgen das für den Indigenen Regierungsrat und letzten Endes auch für die EZLN haben wird, ist ungewiss. Es könnte zu einer weiteren politischen Isolierung der zapatistischen Bewegung auf nationaler Ebene führen, auch weil bislang keine eigenständige, überzeugende urbane Politik artikuliert werden konnte. Andererseits könnte die aktuelle Kampagne zu einer Vertiefung und einem Ausbau lokaler und regionaler Autonomien führen, die durch den Indigenen Regierungsrat angestoßen und vorangebracht werden.

Der PRI bereitet ein möglicher Wahlsieg von MORENA großes Unbehagen: «In dieser Periode der Ungewissheit verhärtet sich das System», sagt der Journalist Jenaro Villamil und fügt hinzu: «Und die Verhärtung hat damit zu tun, dass die Streitkräfte mittels eines Paktes, der das System schützen soll, in das System stärker eingegliedert werden.» Es ist eine widersprüchliche Eingliederung, denn zur bereits genannten größeren Autonomie gesellt sich laut Villamil eine vom politischen System garantierte Straffreiheit für Militär-angehörige. Im Gegenzug soll das politische System vor unliebsamen Überraschungen geschützt werden.

Die Erdbeben haben die politische Landschaft zwar erschüttert, aber bei Weitem nicht zum Einstürzen gebracht. Eine neue gesellschaftliche Dynamik, die ähnlich wie 1985 den Bruch mit dem Status quo ermöglichen könnte, blieb

aus. Auch konnten keine neuen politischen organischen Beziehungen aufgebaut werden, die der gesellschaftlichen Fragmentierung entgegenwirken könnten. Der Indigene Regierungsrat – und indirekt die EZLN – konnten mit ihrem Angebot eines neuen Weges von den miserablen Umständen nicht profitieren. Auf kurze Sicht scheint zumindest MORENA soziale Mehrheiten hinter sich versammeln zu können. Die fast allgegenwärtige Gewalt und die herrschende Alternativlosigkeit werden jedoch auch in Zukunft kein Ende der Traurigkeit ermöglichen.

Timo Dorsch arbeitete mehrere Jahre lang freischaffend wissenschaftlich und journalistisch in Mexiko-Stadt. Seine Texte erscheinen in mexikanischen und deutschen Medien. Er hat beide Erdbeben 2017 miterlebt.

1 Cruz Atienza, Víctor M. / Krishna, Shri / Ordaz, Mario: ¿Qué ocurrió el 19 de septiembre de 2017 en México?, 28.9.2017, in: <http://ciencia.unam.mx/leer/652-que-ocurrio-el-19-de-septiembre-de-2017-en-mexico-> **2** Arellano García, César: Viveres donados se venden en tianguis, 9.10.2017, in: www.jornada.unam.mx/2017/10/09/politica/005n2pol. **3** Matías, Pedro: «Plomo o levantón», las amenazas a damnificados por el sismo en Oaxaca, 16.11.2017, in: www.proceso.com.mx/511454/plomo-levanton-las-amenazas-a-damnificados-sismo-en-oaxaca. **4** Rivera, Astrid: Baleano y violan a voluntarios católicos que llevaban ayuda a Oaxaca, 27.9.2017, in: www.eluniversal.com.mx/nacion/sociedad/baleano-y-violan-voluntarios-catolicos-que-llevaban-ayuda-oaxaca. **5** Gómez, Thelma/Castillo, Miriam: La multiplicación de las tarjetas: Bansefi clona damnificados del terremoto, 15.1.2018, in: www.animalpolitico.com/2018/01/tarjetas-bansefi-damnificados-terremoto/. **6** La Redacción: Exhiben opacidad del gobierno en los 3 mil mdp que recibió en donaciones por sismos, 6.1.2018, in: www.proceso.com.mx/517490/exhiben-opacidad-del-gobierno-en-los-3-mil-mdp-que-recibio-en-donaciones-por-sismos. **7** Gerber, Philipp: Unbequeme Gemeinden, 28.11.2017, in: www.medico.de/unbequeme-gemeinden-16898/. **8** Interview vom 19. Dezember 2017. **9** Siehe www.verificado19s.org/. **10** Interview vom 2. Januar 2018. **11** Interview vom 21. Dezember 2017. **12** Siehe beispielhaft Delgado, Álvaro: El Amasiato. El pacto secreto Peña-Calderón y otras traiciones panistas, Mexiko-Stadt 2016. **13** Hernández Navarro, Luis: El retorno de Galio Bermúdez, 12.10.2007, in: www.jornada.unam.mx/2007/10/09/index.php?section=opinion&article=021a1pol. **14** Redacción SDP Noticias: Hace 6 meses AMLO se negó a alianza con el PES, 17.12.2017, in: www.sdpnoticias.com/nacional/2017/12/17/hace-6-meses-amlo-se-nego-a-alianza-con-el-pes. **15** U.S. Department of State: Mexico Travel Advisory, 9.3.2018, in: <https://travel.state.gov/content/travel/en/traveladvisories/traveladvisories/mexico-travel-advisory.html>. **16** Subcomandante Marcos: La (imposible) ¿Geometría? del Poder en México, 19.6.2005, in: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2005/06/19/la-imposible-%C2%BFgeometria-del-poder-en-mexico/>. **17** Thompson, Ginger: With His Star Rising, Mexican Populist Faces New Tests, 4.5.2005, in: www.nytimes.com/2005/05/04/world/americas/with-his-star-rising-mexican-populist-faces-new-tests.html. **18** Vgl. z.B. Flores Pérez, Carlos Antonio: Historias de Polvo y Sangre. Génesis y evolución del tráfico de drogas en el estado de Tamaulipas, Mexiko-Stadt 2013. **19** Zur zapatistischen Politik und Ethik siehe Dorsch, Timo: Die andere Wahl. Zur Ethik der zapatistischen Politik, August 2017, in: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-andere-wahl-zur-ethik-der-zapatistischen-politik/.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 2/2018 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: März 2018
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation